

Universeller Menschenrechtsschutz

Schmahl

2025

ISBN 978-3-8006-7273-8

Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Schmahl | Universeller Menschenrechtsschutz


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Universeller Menschenrechtsschutz

Von
Professor Dr. Stefanie Schmahl, LL.M. (E)
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

2025


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: Schmahl Universeller Menschenrechtsschutz § Rn.

vahlen.de


DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 8006 7273 8

ISBN E-Book 978 3 8006 7274 5

© 2025 Verlag Franz Vahlen GmbH
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@vahlen.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, 35633 Lahnau
Umschlag: Martina Busch Grafikdesign, Homburg Saar



vahlen.de/nachhaltig
produktsicherheit.vahlen.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort

Das vorliegende Lehrbuch ist in weiten Teilen aus meinen Vorlesungen zum „Universellen Menschenrechtsschutz“ und zum „Völkervertragsrecht mit Bezügen zu Menschenrechtsverträgen“ hervorgegangen, die ich regelmäßig an der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Schwerpunktbereich „Europäischer und internationaler Menschenrechtsschutz“ abhalte. Das Buch soll Studierenden dieses Schwerpunkts oder vergleichbarer Schwerpunkte und Masterprogramme, aber auch allen sonst an völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Fragen Interessierten einen vertieften Überblick über das Geflecht und System des universellen Menschenrechtsschutzes geben.

Der weltweit geltende Menschenrechtsschutz ist angesichts zahlreicher internationaler Menschenrechtskonventionen – die Vereinten Nationen sprechen von „nine core human rights treaties“ – schon für sich genommen komplex und wird außerdem vom Völkergewohnheitsrecht und von den Regelungen des humanitären Völkerrechts und des Völkerstrafrechts flankiert und beeinflusst. Daher konzentriert sich das Lehrbuch primär auf die universelle Rechtsebene. Vergleichbare Regelungen des regionalen Menschenrechtsschutzes, insbesondere die Garantien der Europäischen Menschenrechtskonvention, werden nur gelegentlich in Bezug genommen. Außerdem beschränken sich meine Ausführungen im Wesentlichen auf juristische Fragen. Erkenntnisse der Moralphilosophie behandle ich ebenso wenig wie diejenigen anderer benachbarter Wissenschaften. Auch kann das Lehrbuch keine Antworten auf jede menschenrechtliche Detailfrage geben. Dies würde den Umfang des Buches weit mehr als nur unerheblich sprengen.

Anliegen und Zielsetzung des Lehrbuchs sind bescheidener: Die Ausführungen sollen einen Beitrag zur systematischen Entflechtung und Durchdringung des internationalen Menschenrechtsschutzes aus juristischer Perspektive leisten. Neben entstehungsgeschichtlichen und dogmatischen Ausführungen zu materiell-rechtlichen Aspekten und prozessualen Durchsetzungsmechanismen werden die einzelnen Kapitel durch kleine Fallbeispiele und manche Illustrationen angereichert in der Hoffnung, dass sie das Verständnis für die beziehungsreiche und vielschichtige Materie erhöhen. Bis auf wenige Ausnahmen, die sich im Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur wiederfinden, habe ich zudem auf vorangestellte allgemeine oder spezielle Literaturverzeichnisse verzichtet, da diese wohl nicht selten schlicht „überblättert“ werden. Stattdessen gebe ich in den Fußnoten die einschlägigen Fundstellen mit Titel wieder. Dasselbe gilt für weiterführende Literatur, die an der jeweils relevanten Textpassage in einer Fußnote auffindbar ist und so die Möglichkeit zu einer zielgerichteten Vertiefung der betreffenden Aussage eröffnet.

Wie üblich enthält das Lehrbuch ein Abkürzungsverzeichnis. Dennoch werden die wesentlichen Begrifflichkeiten auch im Text zunächst erläutert, bevor sie anschließend in ihrer Abkürzung Verwendung finden. Ich hoffe, hierdurch die Leser- und Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen. Aus demselben Grund habe ich mich nach intensiver Abwägung dazu entschieden, ganz überwiegend das generische Maskulinum zu verwenden. Selbstverständlich sind stets alle biologischen und sozialen Geschlechter (m/w/d)

nicht nur „irgendwie mitgemeint“, sondern gedanklich ausdrücklich einbezogen, es sei denn, es kommt im Einzelfall ausnahmsweise auf die konkrete Geschlechtszuordnung explizit an.

Das Lehrbuch befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand des Spätsommers 2024. Bis zum Jahreswechsel 2024/25 erschienene Rechtsprechung und Literatur konnten in der Umbruchphase noch vereinzelt eingearbeitet werden.

Die von mir während der Covid19-Pandemie erstellten Podcasts zur Vorlesung „Universeller Menschenrechtsschutz“ hat meine Sekretärin, Frau Heidi Graupner, tatkräftig und präzise in Schriftform gegossen. Ich bin sehr dankbar, dass ich auf diese Verschriftlichung meiner Podcasts bei der Abfassung des Manuskripts zurückgreifen konnte. Bei der Erstellung der kleinen Fallbeispiele waren mir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Lehrstuhls Herr Matthias Grundeis, Herr Manoël Johr, Frau Julia Koß, Frau Antonia Kuhn und Herr Rico Neidinger behilflich. Herr Neidinger hat sich darüber hinaus durch sorgfältiges Korrekturlesen meines Manuskripts verdient gemacht. Herr Johr hat mich bei der Erstellung des Stichwortverzeichnisses unterstützt. Ihnen allen danke ich herzlich für ihr Engagement. Ein besonderer Dank geht an meinen akademischen Lehrer und väterlichen Freund, Herrn Prof. Dr. Eckart Klein, der mich vor mehr als zwei Jahrzehnten während meiner Assistenzzeit an der Universität Potsdam mit dem internationalen Menschenrechtsschutz vertraut gemacht und mir als Ratgeber stets – auch bei der Abfassung dieses Buches – mit wertvollen Hinweisen zur Seite gestanden hat. Schließlich danke ich Frau Bärbel Smakman, Verlag Vahlen, für die reibungslose und zuvorkommende Zusammenarbeit und ihr umsichtiges Lektorat.

Entstanden ist das Buch in Zeiten multipler Krisen und bewaffneter Konflikte. Diese haben meine Perspektive auf den universellen Menschenrechtsschutz naturgemäß mitgeprägt. Sie haben die theoretischen Grundlagen und den Anspruch des internationalen Menschenrechtsschutzes auf Beachtung aber in keiner Weise aus den Angeln gehoben. Im Gegenteil waren die zahlreichen Krisen besonderer Ansporn für mich, die Fundamente und Errungenschaften des universellen Menschenrechtsschutzes in der Völkerrechtsordnung zu erläutern und ihre Bedeutung gerade auch dann hervorzuheben, wenn sie aufgrund politischer Erschütterungen in ihrer Tragweite angezweifelt oder infolge erheblicher Durchsetzungsdefizite in ihrer rechtspraktischen Existenz bedroht werden. Das internationale Menschenrechtsschutzsystem bildet seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein entscheidendes Rückgrat der modernen Völkerrechtsordnung, die das Wohlergehen jedes Menschen im Blick hat. Wir sollten alles daransetzen, dass dieses Rückgrat nicht gebrochen wird.

Würzburg, im Februar 2025

Stefanie Schmahl

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
§ 1 Notwendigkeit internationaler Schutzgewährung	1
A. Menschenrechte als juristisches Phänomen	1
B. Grund- und Menschenrechtsschutz in der innerstaatlichen (deutschen) Rechtsordnung	2
C. Mehrwert internationaler Menschenrechte	2
D. Überblick über die Themenbereiche des internationalen Menschenrechtsschutzes	4
§ 2 Historische Entwicklungen bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs	9
A. Kodifizierte Rechtstexte mit menschenrechtlichen Verbürgungen	9
I. Magna Carta Libertatum (1215)	9
II. Bill of Rights (1689)	10
III. Virginia Declaration of Rights (1776)	11
IV. Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (1789)	12
V. Auswirkungen der englischen, französischen und der US-amerikanischen Menschenrechtstexte auf den nationalen Menschenrechtsschutz	14
VI. Entstehung von Menschenrechtstexten völkerrechtlicher Prägung im 19. Jahrhundert	14
VII. Kodifizierungen menschenrechtlicher Verbürgungen im 20. Jahrhundert unter der Ägide des Völkerbundes	16
B. Ungeschriebener Menschenrechtsschutz im klassischen Völkerrecht	21
I. Völkerrechtliches Fremdenrecht	21
II. Humanitäre Intervention	23
§ 3 Menschenrechtliche Ausrichtung der Charta der Vereinten Nationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs	25
A. Menschenrechtsschutz als Aufgabe der Vereinten Nationen	25
B. Beitrag der UN-Organen zur Entwicklung und Förderung des Menschenrechtsschutzes	27
I. UN-Sicherheitsrat	27
II. UN-Generalsekretär	29
III. UN-Treuhandrat	29
IV. Internationaler Gerichtshof	30
V. UN-Generalversammlung	32
VI. UN-Wirtschafts- und Sozialrat	33
VII. Zusammenspiel von Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat bei der Förderung der Menschenrechte	33
C. Wirkungen der menschenrechtlichen Zielsetzung der UN-Charta	34
I. Keine chartabasierten Individualrechte	34
II. Beschränkungen des „domaine réservé“	36
§ 4 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	39
A. Entstehungsgeschichte der AEMR	39
I. Hintergrund und Kontext	39
II. Erarbeitungsphasen	41
B. Widerstreitende Grundpositionen bei der Ausarbeitung der AEMR	43
I. Forderungen und Bedenken des Westens	44
II. Vorstellungen und Sorgen des Ostblocks	44
C. Das Säulenmodell von René Cassin als Kompromiss	45

D. Rechtliche Wirkungen der AEMR	48
I. Formale Unverbindlichkeit	48
II. Authentische Interpretation von Art. 55 lit. c UN-Charta?	49
III. Ausdruck von Völkergewohnheitsrecht?	49
IV. Außerrechtliche und rechtspolitische Wirkungen	51
§ 5 Quellen völkerrechtlicher Menschenrechte im vergleichenden Überblick	53
A. Gewohnheitsrechtlich anerkannte und vertraglich begründete Menschenrechte	54
I. Menschenrechtliches Gewohnheitsrecht	54
II. Menschenrechtliches Vertragsrecht	56
III. Menschenrechtliches <i>ius cogens</i>	58
B. Universeller und regionaler Menschenrechtsschutz	59
I. Universelle Menschenrechtsverträge im Überblick	59
II. Regionale Menschenrechtsverträge im Überblick	62
III. Gemeinsamkeiten und Unterschiede universeller und regionaler Menschenrechtsverträge	69
C. Kategoriale Unterscheidung zwischen allgemeinen und speziellen Menschenrechtsverträgen	71
D. Menschenrechtliches „soft law“	72
§ 6 Universelle Menschenrechtsverträge allgemeiner Art	75
A. Ausarbeitungsprozess der UN-Menschenrechtspakte	75
B. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	77
I. Gehalt und Ausrichtung	77
II. Kontrollmechanismus	83
III. Abschaffung der Todesstrafe durch das Zweite Fakultativprotokoll	85
C. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	87
I. Gehalt und Ausrichtung	87
II. Kontrollmechanismus	91
D. Gemeinsame Bestimmungen von IPBPR und IPWSKR	93
§ 7 Universelle Menschenrechtsverträge zu Spezialfragen	97
A. Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords	97
I. Entstehungsgeschichte	98
II. Gehalt und Reichweite	99
III. Internationale Durchsetzungsmechanismen	105
IV. Fazit	111
B. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	111
I. Einführender Überblick	111
II. Zielsetzungen und grundsätzliche Ausrichtung der GFK	113
III. Entstehungsgeschichte der GFK	115
IV. Rechte- und Pflichtenkanon der GFK	115
V. Flüchtlingseigenschaft nach der GFK	119
VI. Zeitlicher und örtlicher Anwendungsbereich der GFK	128
VII. Fazit	129
C. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	130
I. Entstehungsgeschichte	131
II. Zielsetzung und Besonderheiten des ICERD	133
III. Allgemeine Schutzpflicht und autonomes Diskriminierungsverbot	137
IV. Spezifische Schutzpflichten	139
V. Fördermaßnahmen	146
VI. Kontrollmechanismus	146
D. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen	150
I. Entstehungsgeschichte	150
II. Zielsetzung und Inhalt des CEDAW	155
III. Kontrollmechanismus	165
IV. Frauenrechtsspezifische Vorbehaltsproblematik	168
E. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	170
I. Entstehungsgeschichte	170

II. Regelungsgegenstand	171
III. Kontrollmechanismus	180
F. Übereinkommen über die Rechte des Kindes	182
I. Entstehungsgeschichte	183
II. Inhalt und Zielsetzung des CRC	188
III. Kontrollmechanismus	199
IV. Fazit	201
G. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	203
I. Entstehungsgeschichte	203
II. Zielsetzung und Inhalt des CRPD	206
III. Kontrollmechanismus	214
IV. Fazit	215
H. Sonstige menschenrechtliche Spezialübereinkommen	217
I. Internationale Konvention zum Schutz aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen	218
II. Internationale Konvention zum Schutz aller Personen gegen das Verschwindenlassen	220
III. Sonstige (partielle) Menschenrechtsübereinkommen	225
J. Fehlende menschenrechtliche Konventionen?	226
I. Schutz ethnischer Minderheiten und indigener Völker	226
II. Schutz von LGBTQI-Personen	228
III. Schutz älterer Menschen	232
IV. Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion	233
V. Schutz vor Sklaverei und sonstigen Formen der Ausbeutung	234
§ 8 Menschenrechtsgenerationen und -dimensionen	237
A. Entwicklung und Inhalt von Menschenrechtsgenerationen	237
I. Menschenrechte der ersten Generation	237
II. Menschenrechte der zweiten Generation	239
III. Menschenrechte der dritten Generation	242
B. Wirkungen unterschiedlicher Menschenrechtsgenerationen	246
C. Menschenrechtsdimensionen und -funktionen	248
D. Fazit	251
§ 9 Universalität der Menschenrechte und relativistische Menschenrechtskritik	253
A. Universalität und Unteilbarkeit internationaler Menschenrechte	253
B. Kulturrelativistische Theorien	254
C. Normativer Grundanspruch und Rechtspraxis des internationalen Menschenrechtsschutzes	257
D. Universalitätsanspruch der Menschenrechte ohne Uniformitätszwang	260
E. Fazit	261
§ 10 Allgemeiner Teil des internationalen Menschenrechtsschutzes	265
A. Menschenrechte als Teil des Völkerrechts	265
I. Wiener Vertragsrechtskonvention und Menschenrechtsverträge	265
II. Abschluss und Inkrafttreten menschenrechtlicher Verträge	266
III. Geltungsbereich menschenrechtlicher Verträge	269
IV. Ordnungsrechtliche Natur von Menschenrechtsverträgen	271
V. Fazit	272
B. Rechtsinhaber und Verpflichtungsadressaten	273
I. Rechtsinhaberschaft	273
II. Verpflichtungsadressaten	278
III. Rechtsinhaberschaft und Verpflichtungsadressaten in der Zeit: Temporale Anwendbarkeit von Menschenrechtsverträgen	292
C. Räumliche Hoheitsgewalt und extraterritorialer Menschenrechtsschutz	293
I. Menschenrechtsbindung der territorialen Hoheitsgewalt	294
II. Extraterritoriale Menschenrechtsbindung	295
III. Sonderfall: Extraterritoriale positive Menschenrechtspflichten	301
IV. Fazit	308

D. Gewährleistungen und Schranken	309
I. Bürgerliche und politische Rechte	309
II. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	320
III. Diskriminierungsverbote und Gleichheitsrechte	322
E. Auslegung und Anwendung von Menschenrechtsverträgen	323
I. Auslegungskompetenz	323
II. Allgemeine völkerrechtliche Auslegungsmethoden	323
III. Anwendung völkervertraglicher Auslegungsmethoden auf Menschenrechtsverträge	327
F. Vorbehalte zu Menschenrechtsverträgen	335
I. Definition von Vorbehalten	335
II. Zulässigkeit von Vorbehalten	336
III. Kompetenz zur Beurteilung der Zulässigkeit von Vorbehalten	340
IV. Rechtswirkungen unzulässiger Vorbehalte	341
G. Sukzession in Menschenrechtsverträge	343
I. Grundzüge des Rechts der Staatensukzession	343
II. Grundzüge der Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge	344
III. Probleme der Staatennachfolge in Menschenrechtsverträge	345
H. Ausschluss aus und Kündigung von Menschenrechtsverträgen	346
I. Ausschluss aus Menschenrechtsverträgen	347
II. Kündigung von Menschenrechtsverträgen	348
III. Rechtsfolgen eines Ausschlusses oder einer Kündigung	352
J. Mehrfachgarantien, Günstigkeitsklauseln und „Forum Shopping“	352
I. Mehrfachgarantien	353
II. Anwendung und Reichweite materiell-rechtlicher Günstigkeitsklauseln	363
III. Vermeidung eines „Forum Shopping“ durch verfahrensrechtliche Hürden	365
K. Menschenrechte als ius-cogens-/Erga-omnes-Normen	366
I. Menschenrechtliches ius cogens	366
II. Verhältnis zwischen ius-cogens- und Erga-omnes-Normen	369
III. ius cogens und normative Hierarchie von Menschenrechten	373
L. Notstand und Menschenrechte (Derogation)	377
I. Fortgeltung von Menschenrechten in Zeiten des Notstands	377
II. Geltung und Reichweite menschenrechtlicher Derogationsklauseln	378
III. Bedingungen auf der Rechtsfolgenseite: Erlaubte Notstandsmaßnahmen	382
IV. Fazit	385
§ 11 Vertragliche Durchsetzungsmechanismen	387
A. Überblick	387
B. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	390
I. Zusammensetzung und Mandat des UN-Menschenrechtsausschusses	390
II. Staatenberichtsverfahren	392
III. Staatenbeschwerdeverfahren	400
IV. Individualbeschwerdeverfahren	403
C. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	418
I. Zusammensetzung und Mandat des CESCR-Ausschusses	418
II. Staatenberichtsverfahren	419
III. Staatenbeschwerdeverfahren	419
IV. Individual- und Gruppenbeschwerdeverfahren	420
V. Untersuchungsverfahren	423
VI. Fazit	423
D. Spezielle Menschenrechtskonventionen im Überblick	424
I. Zusammensetzung und Mandat der Expertenausschüsse	424
II. Staatenberichtsverfahren	425
III. Staatenbeschwerdeverfahren	428
IV. Individual- und Gruppenbeschwerdeverfahren	430
V. Untersuchungsverfahren	434
VI. Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahren	435
E. Reformvorhaben zur Vereinfachung von Berichtspflichten	435
F. Fazit	437

§ 12 Chartabasierte Durchsetzungsmechanismen	441
A. Einführender Überblick	441
B. UN-Menschenrechtsrat	442
I. Entstehungsgeschichte	442
II. Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse	444
III. „Universal Periodic Review Procedure“ (UPR-Verfahren)	447
C. Kommission zur Stellung der Frau	450
D. Hoher Kommissar für Menschenrechte	451
E. Flüchtlingshochkommissariat	453
§ 13 Außervertragliche Durchsetzungsmechanismen	455
A. Staatliche Durchsetzungsmechanismen	455
I. Umsetzung und Anwendung menschenrechtlicher Garantien in der innerstaatlichen Rechtsordnung	456
II. Umsetzung und Anwendung menschenrechtlicher Garantien in der Bundesrepublik Deutschland	458
III. Durchsetzung menschenrechtlicher Standards gegenüber anderen Staaten	468
B. Operationalisierung von Menschenrechten durch Nichtregierungsorganisationen, nichtstaatliche Akteure und „Global Cities“	474
I. Nichtregierungsorganisationen und nichtstaatliche Akteure	474
II. Globale Städte	479
§ 14 Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht	481
A. Begrifflichkeiten und Zielsetzungen des humanitären Völkerrechts	481
B. Entstehungsgeschichte des humanitären Völkerrechts	482
I. Sog. Haager Recht	483
II. Sog. Genfer Recht	492
III. Verschmelzungen zwischen Haager und Genfer Recht	502
C. Spezifika des humanitären Völkerrechts	502
I. Abgrenzung zwischen ius contra (ad) bellum und ius in bello	503
II. Anwendungsbereich und aktuelle Herausforderungen des humanitären Völkerrechts	505
III. Strukturelle Eigenheiten des humanitären Völkerrechts	507
IV. Spezifische Durchsetzungsmechanismen des humanitären Völkerrechts	512
D. Humanitäres Völkerrecht und internationaler Menschenrechtsschutz	526
I. Grundsätzliches Verhältnis der beiden Rechtsregime zueinander	526
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen humanitärem Völkerrecht und internationalem Menschenrechtsschutz	532
§ 15 Völkerstrafrecht und internationaler Menschenrechtsschutz	541
A. Verbindungen zwischen Strafrecht und Menschenrechten	541
B. Notwendigkeit des Völkerstrafrechts	542
I. Geringe praktische Wirkkraft des nationalen Strafrechts	542
II. Abgrenzungen zum internationalen Strafrecht („Strafanwendungsrecht“)	543
III. Mehrwert und Zielsetzungen des Völkerstrafrechts	546
C. Entstehungsgeschichte der internationalen Strafgerichtsbarkeit	548
I. Erste Initiativen	548
II. Friedensvertrag von Versailles	548
III. Internationale Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio	550
IV. Stagnation im Kalten Krieg	554
V. International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY)	555
VI. International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR)	557
VII. Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Straftribunale	558
VIII. Internationaler Strafgerichtshof (ICC)	558
IX. Hybride Straftribunale	565
D. Grundzüge des materiellen Völkerstrafrechts	567
I. Rechtsgrundlagen	567
II. Kernverbrechen des Völkerstrafrechts	568
III. Strafverfolgungshindernisse	578

E. Fazit	580
F. Wahrheitskommissionen als Alternativen und Ergänzungen zum Völkerstrafrecht	581
§ 16 Bewertung und Perspektiven des universellen Menschenrechtsschutzes	585
A. Errungenschaften des universellen Menschenrechtsschutzes	585
B. Defizite des universellen Menschenrechtsschutzes	586
I. Defizite intrinsischer Natur	586
II. Defizite extrinsischer Natur	587
C. Ausblick	589
Sachverzeichnis	591


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX
§ 1 Notwendigkeit internationaler Schutzgewährung	1
A. Menschenrechte als juristisches Phänomen	1
B. Grund- und Menschenrechtsschutz in der innerstaatlichen (deutschen) Rechtsordnung	2
C. Mehrwert internationaler Menschenrechte	2
D. Überblick über die Themenbereiche des internationalen Menschenrechtsschutzes	4
§ 2 Historische Entwicklungen bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs	9
A. Kodifizierte Rechtstexte mit menschenrechtlichen Verbürgungen	9
I. Magna Carta Libertatum (1215)	9
II. Bill of Rights (1689)	10
III. Virginia Declaration of Rights (1776)	11
IV. Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (1789)	12
V. Auswirkungen der englischen, französischen und der US-amerikanischen Menschenrechtstexte auf den nationalen Menschenrechtsschutz	14
VI. Entstehung von Menschenrechtstexten völkerrechtlicher Prägung im 19. Jahrhundert	14
VII. Kodifizierungen menschenrechtlicher Verbürgungen im 20. Jahrhundert unter der Ägide des Völkerbundes	16
1. Mandatssystem des Völkerbundes	17
2. Minderheitenschutz	18
3. Internationaler Schutz der Arbeiter	19
B. Ungeschriebener Menschenrechtsschutz im klassischen Völkerrecht	21
I. Völkerrechtliches Fremdenrecht	21
II. Humanitäre Intervention	23
§ 3 Menschenrechtliche Ausrichtung der Charta der Vereinten Nationen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs	25
A. Menschenrechtsschutz als Aufgabe der Vereinten Nationen	25
B. Beitrag der UN-Organen zur Entwicklung und Förderung des Menschenrechtsschutzes	27
I. UN-Sicherheitsrat	27
II. UN-Generalsekretär	29
III. UN-Treuhandrat	29
IV. Internationaler Gerichtshof	30
V. UN-Generalversammlung	32
VI. UN-Wirtschafts- und Sozialrat	33
VII. Zusammenspiel von Generalversammlung und Wirtschafts- und Sozialrat bei der Förderung der Menschenrechte	33
C. Wirkungen der menschenrechtlichen Zielsetzung der UN-Charta	34
I. Keine chartabasierten Individualrechte	34
II. Beschränkungen des „domaine réservé“	36
§ 4 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	39
A. Entstehungsgeschichte der AEMR	39
I. Hintergrund und Kontext	39
II. Erarbeitungsphasen	41
B. Widerstreitende Grundpositionen bei der Ausarbeitung der AEMR	43
I. Forderungen und Bedenken des Westens	44
II. Vorstellungen und Sorgen des Ostblocks	44

C. Das Säulenmodell von René Cassin als Kompromiss	45
D. Rechtliche Wirkungen der AEMR	48
I. Formale Unverbindlichkeit	48
II. Authentische Interpretation von Art. 55 lit. c UN-Charta?	49
III. Ausdruck von Völkergewohnheitsrecht?	49
IV. Außerrechtliche und rechtspolitische Wirkungen	51
§ 5 Quellen völkerrechtlicher Menschenrechte im vergleichenden Überblick	53
A. Gewohnheitsrechtlich anerkannte und vertraglich begründete Menschenrechte	54
I. Menschenrechtliches Gewohnheitsrecht	54
II. Menschenrechtliches Vertragsrecht	56
III. Menschenrechtliches <i>ius cogens</i>	58
B. Universeller und regionaler Menschenrechtsschutz	59
I. Universelle Menschenrechtsverträge im Überblick	59
II. Regionale Menschenrechtsverträge im Überblick	62
1. Europa	62
2. Amerika	64
3. Afrika	65
4. Asien, einschließlich arabischer Raum	67
5. Sonderfall: Europäische Union	69
III. Gemeinsamkeiten und Unterschiede universeller und regionaler Menschenrechtsverträge	69
C. Kategoriale Unterscheidung zwischen allgemeinen und speziellen Menschenrechtsverträgen	71
D. Menschenrechtliches „soft law“	72
§ 6 Universelle Menschenrechtsverträge allgemeiner Art	75
A. Ausarbeitungsprozess der UN-Menschenrechtspakte	75
B. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	77
I. Gehalt und Ausrichtung	77
1. Bürgerliche und politische Freiheitsrechte	77
2. Diskriminierungsverbote und Gleichheitsrechte	78
3. Minderheitenschutzklausel	81
4. Missbrauchsklausel und Derogationsklausel	83
II. Kontrollmechanismus	83
III. Abschaffung der Todesstrafe durch das Zweite Fakultativprotokoll	85
C. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	87
I. Gehalt und Ausrichtung	87
II. Kontrollmechanismus	91
D. Gemeinsame Bestimmungen von IPBPR und IPWSKR	93
§ 7 Universelle Menschenrechtsverträge zu Spezialfragen	97
A. Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords	97
I. Entstehungsgeschichte	98
II. Gehalt und Reichweite	99
1. Strafrechtlicher Tatbestand	99
2. Strafrechtliche Verfolgungspflicht	102
3. Menschenrechtliche Verpflichtungen der Vertragsstaaten	104
III. Internationale Durchsetzungsmechanismen	105
IV. Fazit	111
B. Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge	111
I. Einführender Überblick	111
II. Zielsetzungen und grundsätzliche Ausrichtung der GFK	113
III. Entstehungsgeschichte der GFK	115
IV. Rechte- und Pflichtenkanon der GFK	115
1. Refoulement-Verbot	116
2. Pönalisierungsverbot	117
3. Sonstige Rechte nach Anerkennung	118
4. Pflichtenstellung nach Anerkennung	119

V. Flüchtlingseigenschaft nach der GFK	119
1. Begriff der Verfolgung	120
a) Verfolgungsmerkmale	121
b) Gegenwärtige Verfolgung	124
c) Verfolgungsverursacher	124
d) Sonstige Voraussetzungen	125
2. Schutzbereichsausnahmen	125
3. Zuerkennungsverfahren	127
4. Beendigung des Schutzstatus	128
VI. Zeitlicher und örtlicher Anwendungsbereich der GFK	128
VII. Fazit	129
C. Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung	130
I. Entstehungsgeschichte	131
II. Zielsetzung und Besonderheiten des ICERD	133
III. Allgemeine Schutzpflicht und autonomes Diskriminierungsverbot	137
IV. Spezifische Schutzpflichten	139
1. Art. 3 ICERD	139
2. Art. 5 ICERD	140
3. Art. 4 ICERD	141
4. Art. 6 ICERD	145
5. Art. 7 ICERD	145
V. Fördermaßnahmen	146
VI. Kontrollmechanismus	146
D. Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung von Frauen	150
I. Entstehungsgeschichte	150
II. Zielsetzung und Inhalt des CEDAW	155
1. Asymmetrisches Diskriminierungsverbot zugunsten von Frauen	156
2. Allgemeine staatliche Schutzverpflichtungen	157
3. Spezifische staatliche Schutzverpflichtungen	158
4. Fördermaßnahmen zugunsten der Frau	161
5. Dynamische Fortentwicklungen	162
a) Verbot der geschlechterbasierten Gewalt	162
b) Einbeziehung des Erbrechts	164
c) Einbeziehung von Genderdiskriminierung	164
III. Kontrollmechanismus	165
IV. Frauenrechtsspezifische Vorbehaltsproblematik	168
E. Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	170
I. Entstehungsgeschichte	170
II. Regelungsgegenstand	171
1. Begriff der Folter	172
2. Absolutheit des Folterverbots unter allen Umständen	174
3. Staatenverpflichtungen nach dem CAT	175
III. Kontrollmechanismus	180
F. Übereinkommen über die Rechte des Kindes	182
I. Entstehungsgeschichte	183
II. Inhalt und Zielsetzung des CRC	188
1. Grundlegende Prinzipien	189
a) Art. 2 CRC	190
b) Art. 3 CRC	192
c) Art. 12 CRC	193
d) Art. 6 CRC	194
2. Sonstige Konventionsrechte	194
III. Kontrollmechanismus	199
IV. Fazit	201
G. Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	203
I. Entstehungsgeschichte	203
II. Zielsetzung und Inhalt des CRPD	206

1. Definition von Behinderung und „Diversity“ Ansatz	207
2. Materielle Garantien und Staatenverpflichtungen	209
III. Kontrollmechanismus	214
IV. Fazit	215
H. Sonstige menschenrechtliche Spezialübereinkommen	217
I. Internationale Konvention zum Schutz aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen	218
1. Ausrichtung und wesentlicher Inhalt	218
2. Kontrollmechanismus	219
II. Internationale Konvention zum Schutz aller Personen gegen das Verschwindenlassen	220
1. Ausrichtung und wesentlicher Inhalt	220
2. Kontrollmechanismus	224
III. Sonstige (partielle) Menschenrechtsübereinkommen	225
J. Fehlende menschenrechtliche Konventionen?	226
I. Schutz ethnischer Minderheiten und indigener Völker	226
II. Schutz von LGBTQI-Personen	228
III. Schutz älterer Menschen	232
IV. Schutz vor Diskriminierung aufgrund der Religion	233
V. Schutz vor Sklaverei und sonstigen Formen der Ausbeutung	234
§ 8 Menschenrechtsgenerationen und -dimensionen	237
A. Entwicklung und Inhalt von Menschenrechtsgenerationen	237
I. Menschenrechte der ersten Generation	237
II. Menschenrechte der zweiten Generation	239
III. Menschenrechte der dritten Generation	242
B. Wirkungen unterschiedlicher Menschenrechtsgenerationen	246
C. Menschenrechtsdimensionen und -funktionen	248
D. Fazit	251
§ 9 Universalität der Menschenrechte und relativistische Menschenrechtskritik	253
A. Universalität und Unteilbarkeit internationaler Menschenrechte	253
B. Kulturrelativistische Theorien	254
C. Normativer Grundanspruch und Rechtspraxis des internationalen Menschenrechtsschutzes	257
D. Universalitätsanspruch der Menschenrechte ohne Uniformitätszwang	260
E. Fazit	261
§ 10 Allgemeiner Teil des internationalen Menschenrechtsschutzes	265
A. Menschenrechte als Teil des Völkerrechts	265
I. Wiener Vertragsrechtskonvention und Menschenrechtsverträge	265
II. Abschluss und Inkrafttreten menschenrechtlicher Verträge	266
III. Geltungsbereich menschenrechtlicher Verträge	269
IV. Ordnungsrechtliche Natur von Menschenrechtsverträgen	271
V. Fazit	272
B. Rechtsinhaber und Verpflichtungsadressaten	273
I. Rechtsinhaberschaft	273
1. Allgemeine Menschenrechtsverträge	273
2. Spezifische Menschenrechtsverträge	276
3. Individualrechte, grundsätzlich keine Gruppen- oder Kollektivrechte	276
II. Verpflichtungsadressaten	278
1. Handlungen staatlicher Organe	278
2. Handlungen nichtstaatlicher Akteure im Auftrag oder mit Duldung des Staates	280
3. Handlungen Privater und nichtstaatlicher Akteure	281
4. Handlungen multinationaler Wirtschaftsunternehmen	284
5. Handlungen internationaler Organisationen	289
III. Rechtsinhaberschaft und Verpflichtungsadressaten in der Zeit: Temporale Anwendbarkeit von Menschenrechtsverträgen	292
C. Räumliche Hoheitsgewalt und extraterritorialer Menschenrechtsschutz	293
I. Menschenrechtsbindung der territorialen Hoheitsgewalt	294

II. Extraterritoriale Menschenrechtsbindung	295
III. Sonderfall: Extraterritoriale positive Menschenrechtspflichten	301
1. Extraterritoriale Schutzpflichten	302
2. Extraterritoriale Teilhabe-, Leistungs- und Unterstützungspflichten	305
IV. Fazit	308
D. Gewährleistungen und Schranken	309
I. Bürgerliche und politische Rechte	309
1. Absolut geltende Menschenrechte	309
2. Gewährleistungsgehalt	310
3. Eingriff	311
4. Schranken	312
5. Schranken-Schranken	315
6. Einzelfallbetrachtung und Kontextauslegung	315
7. Missbrauchsklauseln	317
8. Staatliche Schutz- und Gewährleistungspflichten	318
II. Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	320
III. Diskriminierungsverbote und Gleichheitsrechte	322
E. Auslegung und Anwendung von Menschenrechtsverträgen	323
I. Auslegungskompetenz	323
II. Allgemeine völkerrechtliche Auslegungsmethoden	323
III. Anwendung völkervertraglicher Auslegungsmethoden auf Menschenrechtsverträge	327
1. Authentische Sprachfassungen und amtliche Übersetzungen	327
2. Autonome Auslegung	328
3. Dynamische versus historische Auslegung	329
4. Auslegung in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Völkerrecht	330
5. Staatliche Beurteilungsspielräume und Subsidiaritätsprinzip	332
F. Vorbehalte zu Menschenrechtsverträgen	335
I. Definition von Vorbehalten	335
II. Zulässigkeit von Vorbehalten	336
III. Kompetenz zur Beurteilung der Zulässigkeit von Vorbehalten	340
IV. Rechtswirkungen unzulässiger Vorbehalte	341
G. Sukzession in Menschenrechtsverträge	343
I. Grundzüge des Rechts der Staatensukzession	343
II. Grundzüge der Staatennachfolge in völkerrechtliche Verträge	344
III. Probleme der Staatennachfolge in Menschenrechtsverträge	345
H. Ausschluss aus und Kündigung von Menschenrechtsverträgen	346
I. Ausschluss aus Menschenrechtsverträgen	347
II. Kündigung von Menschenrechtsverträgen	348
1. Menschenrechtsverträge mit Kündigungsklauseln	348
2. Menschenrechtsverträge ohne Kündigungsklauseln	350
III. Rechtsfolgen eines Ausschlusses oder einer Kündigung	352
J. Mehrfachgarantien, Günstigkeitsklauseln und „Forum Shopping“	352
I. Mehrfachgarantien	353
1. Konvergenzen oder Annäherungen	353
a) Folterverbot	353
b) Begriff der Familie	356
c) Recht des Fötus auf Leben	357
2. Fortbestehende Divergenzen	358
a) Reichweite der Religionsfreiheit	358
b) Reichweite der Meinungsfreiheit	359
c) Recht auf Bildung	360
d) Politisches Wahlrecht	361
e) Extraterritorialer Menschenrechtsschutz	361
3. Ergebnis	362
II. Anwendung und Reichweite materiell-rechtlicher Günstigkeitsklauseln	363
III. Vermeidung eines „Forum Shopping“ durch verfahrensrechtliche Hürden	365
K. Menschenrechte als ius-cogens-/Erga-omnes-Normen	366
I. Menschenrechtliches ius cogens	366

II. Verhältnis zwischen Ius-cogens- und Erga-omnes-Normen	369
1. Bedeutung von Erga-omnes-Normen	369
2. Humanitäre Intervention und „Responsibility to Protect“	370
III. Ius cogens und normative Hierarchie von Menschenrechten	373
L. Notstand und Menschenrechte (Derogation)	377
I. Fortgeltung von Menschenrechten in Zeiten des Notstands	377
II. Geltung und Reichweite menschenrechtlicher Derogationsklauseln	378
1. Materiell-rechtliche Voraussetzungen	378
2. Verfahrensrechtliche Bedingungen	381
III. Bedingungen auf der Rechtsfolgenseite: Erlaubte Notstandsmaßnahmen	382
1. Derogationsfeste Rechte	382
2. Anforderungen an die Suspendierung nicht derogationsfester Rechte	383
IV. Fazit	385
§ 11 Vertragliche Durchsetzungsmechanismen	387
A. Überblick	387
B. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	390
I. Zusammensetzung und Mandat des UN-Menschenrechtsausschusses	390
II. Staatenberichtsverfahren	392
1. Funktion und Ablauf von Staatenberichtsverfahren im Allgemeinen	392
2. Staatenberichtsverfahren nach Art. 40 IPBPR	397
III. Staatenbeschwerdeverfahren	400
IV. Individualbeschwerdeverfahren	403
1. Verfahrensgang und -ablauf	404
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen einer Individualbeschwerde	408
a) Beschwerdefähigkeit	408
b) Beschwerdegegenstand	409
c) Beschwerdebefugnis	409
d) Beschwerdegegner	412
e) Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtswegs	412
f) Form und Frist	413
g) Kumulationsverbot	413
h) Kein Beschwerdemissbrauch	415
j) Keine Unvereinbarkeit mit dem Pakt	416
C. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	418
I. Zusammensetzung und Mandat des CESCR-Ausschusses	418
II. Staatenberichtsverfahren	419
III. Staatenbeschwerdeverfahren	419
IV. Individual- und Gruppenbeschwerdeverfahren	420
V. Untersuchungsverfahren	423
VI. Fazit	423
D. Spezielle Menschenrechtskonventionen im Überblick	424
I. Zusammensetzung und Mandat der Expertenausschüsse	424
II. Staatenberichtsverfahren	425
III. Staatenbeschwerdeverfahren	428
IV. Individual- und Gruppenbeschwerdeverfahren	430
V. Untersuchungsverfahren	434
VI. Frühwarn- und Dringlichkeitsverfahren	435
E. Reformvorhaben zur Vereinfachung von Berichtspflichten	435
F. Fazit	437
§ 12 Chartabasierte Durchsetzungsmechanismen	441
A. Einführender Überblick	441
B. UN-Menschenrechtsrat	442
I. Entstehungsgeschichte	442
II. Zusammensetzung, Aufgaben und Befugnisse	444
III. „Universal Periodic Review Procedure“ (UPR-Verfahren)	447
C. Kommission zur Stellung der Frau	450

D. Hoher Kommissar für Menschenrechte	451
E. Flüchtlingshochkommissariat	453
§ 13 Außervertragliche Durchsetzungsmechanismen	455
A. Staatliche Durchsetzungsmechanismen	455
I. Umsetzung und Anwendung menschenrechtlicher Garantien in der innerstaatlichen Rechtsordnung	456
II. Umsetzung und Anwendung menschenrechtlicher Garantien in der Bundesrepublik Deutschland	458
1. Art. 1 GG als Schlüsselnorm	458
2. Gemäßigter Dualismus und Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	459
3. Einbeziehung des gewohnheitsrechtlich geltenden menschenrechtlichen Mindeststandards	460
4. Einbeziehung vertraglich begründeter Menschenrechte	462
III. Durchsetzung menschenrechtlicher Standards gegenüber anderen Staaten	468
1. Staatenbeschwerdeverfahren und Verfahren vor dem IGH	469
2. Diplomatischer Schutz und Gegenmaßnahmen	470
3. Humanitäre Intervention	472
4. Vertragsklauseln zum Schutz der Menschenrechte	473
B. Operationalisierung von Menschenrechten durch Nichtregierungsorganisationen, nichtstaatliche Akteure und „Global Cities“	474
I. Nichtregierungsorganisationen und nichtstaatliche Akteure	474
II. Globale Städte	479
§ 14 Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht	481
A. Begrifflichkeiten und Zielsetzungen des humanitären Völkerrechts	481
B. Entstehungsgeschichte des humanitären Völkerrechts	482
I. Sog. Haager Recht	483
1. Entstehungsgeschichte bis zum Zweiten Weltkrieg	484
2. Moderne Ergänzungen: Verbot des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen	487
a) Biologische und chemische Waffen	487
b) Vertragliche Vereinbarungen zu Nuklearwaffen	488
c) Rechtsgutachten des IGH zu Nuklearwaffen	489
II. Sog. Genfer Recht	492
1. Entstehungsgeschichte bis zum Zweiten Weltkrieg	492
2. Genfer Konventionen von 1949	494
3. Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen von 1977 und 2005	498
a) Erstes Zusatzprotokoll	499
b) Zweites Zusatzprotokoll	500
c) Drittes Zusatzprotokoll	501
III. Verschmelzungen zwischen Haager und Genfer Recht	502
C. Spezifika des humanitären Völkerrechts	502
I. Abgrenzung zwischen ius contra (ad) bellum und ius in bello	503
II. Anwendungsbereich und aktuelle Herausforderungen des humanitären Völkerrechts	505
III. Strukturelle Eigenheiten des humanitären Völkerrechts	507
1. Unterschiedslose Anwendbarkeit	508
2. Keine grundsätzliche Anwendung des Reziprozitätsprinzips	508
3. Vorbehaltslose Geltung	510
4. Keine Kündigungs- und Suspendierungsmöglichkeit	511
5. Weitere (besondere) Strukturelemente	511
IV. Spezifische Durchsetzungsmechanismen des humanitären Völkerrechts	512
1. Außerrechtliche Beweggründe für die Beachtung des humanitären Völkerrechts	513
2. Rechtliche Durchsetzungsmechanismen	514
a) Repressalien	515
b) Rechtliche Vorkehrungen in Friedenszeiten	515
c) Strafrechtliche Ahndung	517
d) Verfahrenspflichten während des bewaffneten Konflikts: Schutzmacht, Demarchen und Ermittlungskommissionen	517

e) Wiedergutmachungs- und Entschädigungspflichten sowie Reparationen	519
f) Aufgaben und Funktionen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes	523
D. Humanitäres Völkerrecht und internationaler Menschenrechtsschutz	526
I. Grundsätzliches Verhältnis der beiden Rechtsregime zueinander	526
II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen humanitärem Völkerrecht und internationalem Menschenrechtsschutz	532
1. Materiell-rechtliche Gehalte im Vergleich	532
2. Auflösung konkurrierender Normaussprüche	534
a) Materiell-rechtliche Leitlinien	534
b) Institutionelle und verfahrensrechtliche Aspekte	538
§ 15 Völkerstrafrecht und internationaler Menschenrechtsschutz	541
A. Verbindungen zwischen Strafrecht und Menschenrechten	541
B. Notwendigkeit des Völkerstrafrechts	542
I. Geringe praktische Wirkkraft des nationalen Strafrechts	542
II. Abgrenzungen zum internationalen Strafrecht („Strafanwendungsrecht“)	543
III. Mehrwert und Zielsetzungen des Völkerstrafrechts	546
C. Entstehungsgeschichte der internationalen Strafgerichtsbarkeit	548
I. Erste Initiativen	548
II. Friedensvertrag von Versailles	548
III. Internationale Militärgerichtshöfe von Nürnberg und Tokio	550
IV. Stagnation im Kalten Krieg	554
V. International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY)	555
VI. International Criminal Tribunal for Rwanda (ICTR)	557
VII. Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Straftribunale	558
VIII. Internationaler Strafgerichtshof (ICC)	558
1. Entstehungsgeschichte	559
2. Zusammensetzung und institutionelle Fragen	559
3. Zuständigkeit und Jurisdiktion des ICC	560
4. Politische Probleme des ICC	564
IX. Hybride Straftribunale	565
D. Grundzüge des materiellen Völkerstrafrechts	567
I. Rechtsgrundlagen	567
II. Kernverbrechen des Völkerstrafrechts	568
1. Verbrechen des Völkermords	568
2. Verbrechen gegen die Menschlichkeit	570
3. Kriegsverbrechen	573
4. Verbrechen der Aggression	576
III. Strafverfolgungshindernisse	578
1. Verbot der Mehrfachbestrafung	578
2. Immunitäten	578
E. Fazit	580
F. Wahrheitskommissionen als Alternativen und Ergänzungen zum Völkerstrafrecht	581
§ 16 Bewertung und Perspektiven des universellen Menschenrechtsschutzes	585
A. Errungenschaften des universellen Menschenrechtsschutzes	585
B. Defizite des universellen Menschenrechtsschutzes	586
I. Defizite intrinsischer Natur	586
II. Defizite extrinsischer Natur	587
C. Ausblick	589
Sachverzeichnis	591